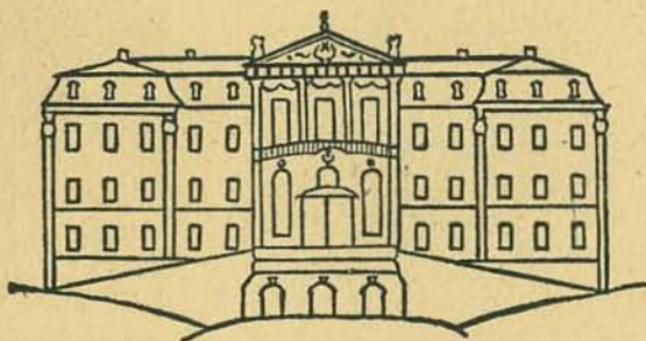


Hefte aus Burgscheidungen

Gerhard Fischer

**Christen als Bürger
des sozialistischen deutschen
Staates**



181

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Hefte aus Burgscheidungen

Gerhard Fischer

**Christen als Bürger
des sozialistischen deutschen
Staates**

1971

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Überarbeitete Fassung des Referats, das der Verfasser – Mitglied des Sekretariats des Hauptvorstandes der CDU – am 29. Oktober 1971 auf dem 10. Treffen Christlicher Kulturschaffender in Greifswald gehalten hat

Unser diesjähriges Treffen Christlicher Kulturschaffender ist gleichsam eine Jubiläumstagung. Zum zehnten Male hat der CDU-Bezirksvorstand Rostock in guter und fruchtbarer Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Kräften der Nationalen Front und mit den staatlichen Organen Kulturschaffende des Ostseebzirks und interessierte Freunde aus anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu einer Arbeitsberatung über Probleme des geistig-kulturellen Lebens zusammengelernt. Bei der Vorbereitung auf dieses Treffen habe ich noch einmal in der Broschüre geblättert, die 1962 nach unserer ersten Zusammenkunft herausgegeben worden ist und die Texte der damals gehaltenen Referate enthält. Seinerzeit gab unser Freund Prof. Dr. Kehnscherper dem Selbstverständnis der „Norddeutschen Kulturtagung“ – so nannte sich unsere Veranstaltung zunächst – mit den Worten Ausdruck: „Die ‚Norddeutsche Kulturtagung‘ will christlichen Menschen dienen. Sie will nach neuen Möglichkeiten für ein richtiges Existenzverständnis der Christen in der sozialistischen Gesellschaft suchen.“¹ Prof. Kehnscherper unterstrich die damals bereits in uns gereifte Erkenntnis, „daß Sozialismus und Humanismus identisch und daß Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus keine Gegensätze sind“. Er schloß seine Überlegungen mit dem zielweisenden Satz: „Die ‚Norddeutsche Kulturtagung‘ will den Mut, das Herz und das Gewissen stärken, damit Christen aller Berufe Wegbereiter des Neuen werden.“

Zehn Jahre hindurch ist das Greifswalder Treffen christlicher Kulturschaffender diesem Auftrag gerecht geworden – und zwar jeweils mit um so größerem Erfolg, je mehr es sich in seiner Thematik und seinem Teilnehmerkreis nach den spezifischen Anliegen orientierte, denen unsere Partei mit ihrer Arbeit innerhalb der Nationalen Front zu dienen hat. Im Mittelpunkt der ersten Zusammenkunft 1962 und auch der nächstfolgenden Tagungen stand die Besinnung auf das Erbe des antifaschistischen Widerstandskampfes, der erstmals Marxisten und Christen zu gemeinsamer gesellschaftlicher Entscheidung und Aktivität im Ringen um die Verwirklichung humanistischer Ziele zusammengeführt hatte. Auf späteren Tagungen

¹ Dieses und die folgenden Zitate nach: I. Norddeutsche Kulturtagung, Greifswald, 12./13. Juli 1962 (Broschüre o. J. [1963])

haben wir uns – von den zuvor gewonnenen Erkenntnissen ausgehend – gegenwärtigen geistigen und kulturpolitischen Problemen zugewandt, also unseren Standort im Heute, in der sozialistischen Gesellschaft unserer Tage, präzisiert. Jetzt fragen wir nach den Perspektiven unseres Wirkens in dem nun angebrochenen Jahrzehnt. Aufarbeitung der Vergangenheit, Bewältigung der Aufgaben des Tages, Blick in die Zukunft – dieser Dreiklang ist symptomatisch, ist zeichenhaft für den Weg vieler Christen in die sozialistische Gesellschaft und für die Bewährung christlicher Persönlichkeiten bei der Lösung jetziger und künftiger Aufgaben im Dienst am Ganzen.

Die Auseinandersetzung mit den Lehren der Geschichte stand für zahlreiche Christen am Anfang ihrer eigenen gesellschaftlichen Selbstverständigung. Positive Traditionslinien christlichen Wirkens für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt galt es herauszuarbeiten und schöpferisch zu rezipieren. Belastende Überlieferungen, frühere Fehlentscheidungen gegen das Neue, mit denen die progressiven sozialen Wirkensmöglichkeiten einer recht verstandenen und praktizierten christlichen Ethik nur allzu häufig eingeengt, ja paralytisch worden waren, galt es zu analysieren und zu überwinden. Christen wissen zwar, daß jede geschichtliche Epoche „unmittelbar zu Gott“ ist. Dennoch – oder vielleicht gerade deswegen – entziehen sie sich nicht der Pflicht, an historischen Erfahrungen ihr Gewissen zu schärfen und die daraus herzuleitenden Schlüsse anzuwenden auf gegenwärtige und künftige Entscheidungssituationen. Was Christen und Kirchen einmal und immer wieder zum Verhängnis gereicht hat, braucht sich nicht mit historischer Zwangsläufigkeit zu wiederholen. Eben weil Christen nicht dem blinden Glauben an ein unabwendbares Schicksal anhängen, sind sie dazu befreit und damit beauftragt, die Geschichte daraufhin zu befragen, was sie an Erkenntnissen für das Hier und Heute bereithält und was sich aus ihr für die Zukunft lernen läßt.

Konkret auf unser Thema angewandt bedeutet das: Die Geschichte lehrt, daß Kirchen und Christen – aufs ganze gesehen – immer dann schlecht beraten waren, wenn sie ihre Sache verbanden mit den Kräften der gesellschaftlichen Reaktion, gleich ob diese nun in feudal-monarchistischem und sozusagen klassisch-militaristischem Gewande, im Cutaway der Großbourgeoisie oder in SA-Uniform auftraten. Gesellschaftlich gut gefahren sind Christen dann, wenn sie sich den sozial und politisch nach vorn strebenden Kräften an die Seite stellten und damit dem geschichtlich Neuen den Boden bereiten halfen. Aber wann war das in der Vergangenheit schon der Fall?

Einzelbeispiele mutiger persönlicher Gewissensentscheidung und entsprechenden gesellschaftlichen Handelns gab es je und dann in nicht geringer Zahl; aber sie standen nicht für die Masse.

Anders sieht es aus, seit der Sozialismus in Gestalt unserer Deutschen Demokratischen Republik festen Fuß auch auf deutschem Boden gefaßt hat. Er bringt umfassende gesellschaftliche Voraussetzungen hervor, unter denen Christen endlich in vollem Umfang und mit ganzer sozialer Wirkungsweite „für den anderen dasein“ können. Er schafft gesellschaftliche Garantien dafür, daß Frieden ist und Frieden bleibt. Noch keine Epoche hat dem Christen, der seiner Verantwortung im gesellschaftlichen Raum bewußt ist und ihr ganz nachkommen will, ein so breites und fruchtbares Feld zur Tat für den Nächsten und für den Frieden eröffnet wie diese unsere Zeit des aufsteigenden Sozialismus. Noch kein System der zwischenmenschlichen Beziehungen hat uns in dieser Hinsicht so ganz und gar Christen sein lassen wie diese Zeit des Übergangs zum Sozialismus, die alle menschlichen und gesellschaftlichen Existenzformen und -inhalte neugestaltet um des Menschen und um des Friedens willen.

Von dieser Grundwahrheit unserer Epoche lassen sich immer mehr Christen anrühren und ergreifen – nicht allein in unserer Republik, nicht nur in sozialistischen Ländern, sondern auch in jenen Staaten, die das Joch der imperialistischen Kolonialsklaverei abgeschüttelt haben und deren Völker nach neuen Entwicklungsmöglichkeiten suchen, ja auch in kapitalistischen Ländern. Unsere Freunde, die vor wenigen Wochen an der IV. Allchristlichen Friedensversammlung in Prag teilnahmen, berichteten uns nach ihrer Rückkehr, wie sie und ihre Freunde aus anderen sozialistischen Ländern auch auf dieser Tagung wieder von Vertretern aus den jungen Nationalstaaten um Rat und Hilfe in oft sehr komplizierten gesellschaftlichen Problemen dieser Entwicklungsländer angegangen worden sind. „Entwicklungsländer“ sind es ja nicht nur in dem Sinne, daß sie etwa der wirtschaftlichen oder bildungspolitischen Unterstützung der ökonomisch und zivilisatorisch entwickelten Staaten bedürften; um „Entwicklungsländer“ handelt es sich auch und vor allem in dem Sinne, daß ihre soziale Struktur noch in der Entwicklung begriffen ist, noch keine definitiven Formen angenommen hat, daß in ihnen zumeist der Kampf der inneren Klassenkräfte um die prinzipielle Orientierung auf einen kapitalistischen oder nichtkapitalistischen Weg der weiteren Entwicklung noch in vollem Gange ist. Davon, wie dieser Kampf entschieden wird, hängt außerordentlich viel ab – nicht allein

für das künftige Geschick dieser Völker selbst, sondern auch für die weitere Stärkung der weltweiten antiimperialistischen Kampffront, für den weiteren Verlauf der revolutionären Prozesse in unserer Zeit.

Hier sind wir berufen, aus unseren Erfahrungen Zeugnis zu geben von den neuen großen Möglichkeiten der Entfaltung und Bewährung christlicher Existenz im Sozialismus. Gleiches gilt für unsere Aufgaben gegenüber Christen, die in entwickelten kapitalistischen Ländern um demokratischen Fortschritt kämpfen und dabei auf der Suche nach starken Bundesgenossen nicht nur im eigenen Lande sind — finden werden sie diese Bundesgenossen in erster Linie in den Reihen der revolutionären Arbeiterbewegung —, sondern die auch nach ermutigenden und wegweisenden Gefährten in den gesellschaftlich bereits vorangeschrittenen, also in den sozialistischen Ländern Ausschau halten. Auch ihnen können wir viel Hilfreiches und Wertvolles aus unseren Erfahrungen mitteilen. Worin bestehen diese Erfahrungen? Nur einiges sei an dieser Stelle herausgehoben.

Wenn wir die vergangenen zweieinhalb Jahrzehnte unseres Mittuns am antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Aufbauwerk überblicken — und das ist jene Wegstrecke, die wir auf den Treffen christlicher Kulturschaffender in den vergangenen zehn Jahren noch einmal geistig durchmessen und uns vergegenwärtigt haben —, dann stellt sich vor allem heraus: Nicht abstraktes Theoretisieren hat uns weitergeholfen, sondern die beherzte Tat für die gesellschaftliche Neugestaltung. Schon der Gründungsauftrag unserer Partei war nicht das Ergebnis philosophischer Spekulation, sondern in der Hauptsache ein aus christlicher Verantwortung geborener Appell, mit Hand anzulegen bei der Beseitigung der Folgen des verbrecherischen Hitler-Krieges und bei der Errichtung eines neuen, demokratischen Gemeinwesens. Der Gründungsauftrag war — unabhängig von der Person seiner Unterzeichner — das Resultat gesellschaftlicher Selbstprüfung von Christen angesichts geschichtlicher Erkenntnisse, angesichts drängender Gegenwartsaufgaben und künftiger Verheißungen. Wir haben diesen Gründungsauftrag verwirklicht durch die Arbeit für die Lösung solcher Aufgaben, die uns jeweils vor die Füße gelegt waren. In dieser Arbeit sind wir menschlich gewachsen und gesellschaftlich gereift, haben wir das Glück der Gemeinsamkeit erfahren und dabei gelernt, unter gesamtgesellschaftlichen Horizonten zu denken und zu handeln. Tatkräftige Mitgestaltung der neuen sozialen Wirklichkeit war für uns jeweils die Voraussetzung zu geistiger Selbstverständigung. Diese poli-

tisch-geistige Klärung und Neuorientierung wiederum, die auf unseren praktischen Erfahrungen fußte, war dann imstande, in uns selbst und in unserem Umkreis neue Energien freizusetzen für zunehmend bewußte und überzeugte Mitarbeit am Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und später an der Errichtung des Sozialismus.

So reden wir heute nicht wie der Blinde von der Farbe, sondern aus eigenem Erleben, wenn wir bestätigen: Nur der Sozialismus vermag die Probleme unserer Zeit sinnvoll, das heißt auf eine dem Menschen dienliche Weise zu lösen. Nur der Sozialismus vermag die unheilbaren Gebrechen der in feindliche Klassen gespaltenen Gesellschaft aus der Welt zu schaffen. Nur er kann Ausbeutung und Unterdrückung, Hunger und Unwissenheit, soziale Ungerechtigkeit und Krieg dauerhaft, also von den sozialökonomischen Wurzeln her, als gesellschaftliche Phänomene überwinden. Nur der Sozialismus kann die gesellschaftlichen Aspekte der wissenschaftlich-technischen Revolution planvoll in den Griff bekommen und die Produzenten in den Genuß der Früchte ihrer Arbeit bringen. Erst der Sozialismus versetzt die schaffenden Menschen in die Lage, ihr Geschick selbst zu bestimmen und zum Guten zu lenken.

Indem wir dies alles als Schlußfolgerung aus der von uns selbst mitgestalteten Wirklichkeit des Sozialismus erkannten und zu unserem unverrückbaren geistigen Besitz werden ließen, konnten wir uns zugleich befreien von den geistigen und politischen Nachwirkungen des Antikommunismus. Seit Jahrzehnten war er von der großbürgerlichen Reaktion kultiviert und verbreitet worden — und zwar auch mit kirchlicher Schützenhilfe —, um persönliche Entscheidungen für den Sozialismus und gesellschaftliche Aktionen gegen den Imperialismus — und zwar auch in christlichen Kreisen — zu verhindern. Erst indem es uns gelang, uns von den fortschrittsfeindlichen Denkschemata und Emotionen des Antikommunismus frei zu machen, gewannen wir die Möglichkeit, die eigentlichen aus der christlichen Ethik entspringenden sittlichen Wert- und Zielvorstellungen sowie die progressiven Traditionen aus der Geschichte der Christenheit, also die positiven Ansatzpunkte unserer Parteinahme für das Neue, freizulegen und gesellschaftlich für die Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus wirksam werden zu lassen.

Eine weitere wichtige Erfahrung: Dieser Prozeß praktischer Mitarbeit und damit einhergehender geistiger Auseinandersetzung vollzog und vollzieht sich nicht in einem hermetisch abgeschlossenen Raum „christlicher Existenz“ als solcher und

für sich. Er vollzieht sich in täglicher enger Berührung vor allem mit unseren marxistischen Freunden. Sie verfügen über die Erfahrungen aus den Kämpfen der Arbeiterbewegung in einundneunzigem Jahrhundert. Sie verfügen über wissenschaftliche Leitlinien des antiimperialistischen Kampfes und der sozialistischen Umwälzung, die in der geschichtlichen Praxis die Probe aufs Exempel bestanden haben und dabei selbst fortwährend weiterentwickelt werden. Sie verfügen über eine Partei, die seit Jahrzehnten immer wieder ihre geschichtliche Aktivlegitimation als Führungskraft des Volkes im Kampf gegen seine Verderber und im Ringen um die Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft erbracht hat. Und vor allem: unsere marxistischen Freunde behandeln ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse und ihre Kampferfahrungen nicht als Geheimwissenschaft, sondern stellen sie allen zur Verfügung, die sich im Bunde mit ihnen für das Neue einsetzen wollen.

Die Bündnispolitik der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei hat eine lange geschichtliche Tradition, eine weitreichende historische Kontinuität. Dieser Bündnispolitik verdanken wir es, daß wir in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten zu neuen gesellschaftlichen Wirkungsfeldern unseres Eintretens für das Wohl des Mitmenschen, für das Glück des Volkes und für die Bewahrung des Friedens gefunden haben. Dabei standen diese zweieinhalb Jahrzehnte im Zeichen eines unausgesetzten wechselseitigen Wachstums einerseits der Führungsfunktion der Arbeiterklasse und ihrer Partei, andererseits der Mitverantwortung aller anderen sozialen und politischen Kräfte unserer Gesellschaft. Auch diese Seite der historischen Kontinuität sollte betont werden, weil heute die These vom weiteren Wachstum der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei von manchen Freunden so aufgefaßt wird, als werde damit etwas völlig Neues gesagt, und weil manche Freunde eben dann auch geneigt sind, an der damit dialektisch zusammenhängenden These von der sich gleichzeitig ausweitenden Mitverantwortung der anderen gesellschaftlichen Kräfte zu zweifeln. Der gesamte Geschichtsprozeß des zurückliegenden Vierteljahrhunderts in unserer Republik – und nicht nur hier – ist das Resultat dessen, daß die Arbeiterklasse und ihre Partei die ihr historisch zugeschriebene Führungsrolle immer umfangreicher, immer erfolgreicher und wirksamer wahrgenommen haben, immer ergebnisreicher in ihre geschichtliche Verantwortung hineingewachsen sind und es dabei auch immer besser verstanden haben, die progressiven sozialen und geistigen Potenzen aus anderen, mit ihr verbündeten Klassen und Schichten zu mobilisieren und für die ge-

meinsame Sache des Fortschritts und des Friedens nutzbar zu machen.

Andererseits hat sich auch der Verantwortungsbereich der mit ihr befreundeten Kräfte ständig erweitert. Nehmen wir das Beispiel eines Bauern, der früher seinen Neubauernhof mit vielleicht zehn Hektar bewirtschaftete und heute in der Verantwortung für den Ausbau von Kooperationsbeziehungen zwischen Betrieben steht, die sich zusammen über Tausende Hektar erstrecken und die ihrerseits wiederum mit Industriebetrieben der Nahrungsgüterwirtschaft kooperieren! Oder nehmen wir das Beispiel eines Komplementärs, der früher seinen Privatbetrieb um seiner selbst willen leitete und der heute im Rat seiner Erzeugnisgruppe oder in anderen Verflechtungsbeziehungen mit der volkseigenen Wirtschaft über das Produktions- und Absatzprofil von oft Dutzenden gleichgelagerter Betriebe der verschiedensten Eigentumsformen mitzuentcheiden hat! Nehmen wir das Beispiel eines Abgeordneten etwa aus den Reihen unserer Partei, der vor 20 oder 25 Jahren meinte, nur eng begrenzte sogenannte „christliche Belange“ vertreten zu können, und der heute mit der größten Selbstverständlichkeit von den Interessen der gesamten Gesellschaft her seine Entscheidungen trifft, also wirklich „Volksvertreter“, Vertreter des ganzen Volkes ist, indem er stets vom Standpunkt der Nationalen Front und damit letzten Endes vom Standpunkt der Arbeiterklasse ebenso wie von dem ihrer Verbündeten ausgeht!

Welcher Wandel der gesellschaftlichen Position und der gesellschaftlichen Gesinnung wird an solchen hier aus der Fülle herausgegriffenen Beispielen persönlicher und sozialer Entwicklungsprozesse deutlich! Natürlich haben sie sich nicht reibungslos vollzogen, sondern setzten vielfach die Überwindung innerer Hemmnisse und manchmal auch äußerer Widerstände voraus, so wie unsere gesamte gesellschaftliche Entwicklung seit den Tagen der Befreiung unseres Volkes ein Weg der kämpferischen Überwindung äußerer und innerer Widersprüche, Konflikte und Schwierigkeiten war und das nach der Natur der Dinge auch weiterhin bleiben wird. Aber solche Widersprüche und Problemsituationen wurden in der Regel gemeistert, und zwar so, daß mit ihrer Beseitigung wiederum der Blick frei wurde für neue Aufgaben, die Kraft frei wurde für die Bewältigung neuer Widerstände und Probleme.

Das gilt zweifellos auch für die Lösung der Aufgaben, die nun der VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands umrissen hat. Er hat Antwort gegeben auf die

Fragen, die gegenwärtig die Arbeiterklasse und alle anderen Schichten des Volkes bewegen – Fragen sowohl der inneren gesellschaftlichen Entwicklung, der weiteren Ausgestaltung unserer sozialistischen Verhältnisse, als auch Fragen der internationalen Situation. Er hat gesagt, wie es weitergehen soll bei der Vervollkommnung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR und bei unserem Beitrag zur internationalen Auseinandersetzung des Sozialismus mit dem Imperialismus, zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa.

Der VIII. Parteitag der SED hat die Grundprobleme der künftigen Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR auf die einprägsame Formel der Hauptaufgabe des Fünfjahrplans gebracht. Sie besteht in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes; die Grundlage dafür bilden ein hohes Entwicklungstempo der sozialistischen Produktion, die Erhöhung der Effektivität, der wissenschaftlich-technische Fortschritt und das Wachstum der Arbeitsproduktivität. Klar gekennzeichnet sind damit Ziel und Weg unseres Wirkens in dem Bestreben, die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution organisch mit den Vorzügen des sozialistischen Wirtschaftens zu verbinden. Dieses Bestreben dient dem Wohl des Volkes und der Sicherung des Friedens; denn eine allseitig gestärkte DDR ist ein zuverlässiger Aktivposten im Ringen gegen imperialistische Kriegsdrohung, für stabile Sicherheit und fruchtbare Zusammenarbeit in Europa.

Die dringendsten Aufgaben in dieser Hinsicht hat der VIII. Parteitag der SED im Fünf-Punkte-Friedenskonzept der Deutschen Demokratischen Republik zusammengefaßt: Mitwirkung an einer europäischen Sicherheitskonferenz, Mitgliedschaft und Mitarbeit in den Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen, Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen mit allen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung der Souveränität, Herstellung normaler Beziehungen zur BRD entsprechend den Regeln des Völkerrechts, Normalisierung des Verhältnisses gegenüber Westberlin. Die außenpolitische Aktivität der Deutschen Demokratischen Republik, die mit den außenpolitischen Konzeptionen und Aktionen der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft auf das engste koordiniert ist, hat in den vergangenen Monaten, wie jeder weiß, neue beträchtliche Erfolge im Kampf um die Verwirklichung dieser friedenssichernden Aufgaben erzielen können.

Wir alle haben während des Parteitages der SED und in den darauffolgenden Monaten das Neue verspürt, das seinen

Verlauf und die Durchführung seiner Beschlüsse charakterisiert. In geradliniger Weiterentwicklung der bisherigen Grundlinie hat dieser Parteitag sich in seinen Referaten, Diskussionen und Beschlüssen durch ein hervorragendes Maß an Volksverbundenheit ausgezeichnet. Das ist nicht etwa nur ein Prädikat für den Stil der Reden auf diesem Parteitag und über diesen Parteitag; das wäre eine nur äußerliche Betrachtungsweise. Ausschlaggebend ist vielmehr die Entschiedenheit, mit der hier herausgearbeitet wurde: „Nichts wird bei uns um seiner selbst willen gemacht! Nichts geht ohne die Kraft des Volkes! Alles dient dem Wohle der arbeitenden Menschen!“² So formulierte es Erich Honecker im Bericht des Zentralkomitees an den Parteitag. Das ist und bleibt, so sagte er, „oberster Grundsatz unseres Denkens und Tuns“. Der Mensch mit seinen materiellen und geistigen Bedürfnissen steht im Mittelpunkt aller politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Arbeit. Jegliches gesellschaftliches Handeln ist auf die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten und sozialistischer Beziehungen zwischen ihnen gerichtet.

Der Satz „Nichts geht ohne die Kraft des Volkes“ verweist uns auf die entscheidende Rolle der sozialistischen Persönlichkeitsbildung beim Aufbau des Sozialismus; denn er ist jene Gesellschaftsordnung, in der – wie Friedrich Engels sagte – „die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen“.³ Ein solches Bewußtseinsniveau ist Voraussetzung dafür, daß der Sozialismus vollständig Gestalt gewinnt. Geschichte machen – um bei dem Wort von Engels zu bleiben – können Menschen mit vollem Bewußtsein nur dann, wenn sie sich in den Gesetzmäßigkeiten auskennen, denen die Gesellschaft in ihrer Bewegung, Veränderung und Entwicklung folgt. Wenn Christen an dieser Bewegung, Veränderung und Entwicklung tätig teilhaben wollen, stehen auch sie vor der Aufgabe, die ihr zugrunde liegenden Gesetzmäßigkeiten zu studieren und anzuwenden. Eben deswegen raten und helfen wir unseren Freunden, sich gründlich mit dem Marxismus-Leninismus zu beschäftigen, in dem diese Gesetzmäßigkeiten zusammengefaßt und verallgemeinert sind und der seinerseits wiederum als Anleitung zu bewußtem gesellschaftlichem Handeln dient. Wir betrachten das Studium des Marxismus-Leni-

² Dieses und das folgende Zitat nach: VIII. Parteitag der SED, Berlin, 15. bis 19. Juni 1971, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Dietz Verlag, Berlin 1971, S. 105

³ Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 351

nismus und die Aneignung der daraus resultierenden Erkenntnisse — ungeachtet der unverwischbaren Unterschiede zwischen christlichem Glauben und Atheismus — als Gewinnung einer unentbehrlichen Orientierungsgrundlage für zielgerichtete gesellschaftliche Aktivität, als Beitrag zur sozialistischen Persönlichkeitsbildung bei Bürgern christlichen Glaubens und zur Erhöhung des Wirkungsgrades ihrer Arbeit für das Ganze.

Bereits heute lassen sich eine Reihe von weitreichenden und länger wirkenden grundlegenden Entwicklungslinien absehen, die der kommenden Periode in wesentlichem Maße das Gepräge geben werden. Aus diesen geschichtlichen Prozessen resultieren objektive Faktoren, die das Wachstum christlicher Bürger zu Persönlichkeiten mit einem sich entwickelnden sozialistischen Bewußtsein beeinflussen. Einige wenige dieser Grundlinien seien hier genannt.

Erstens: Ohne jeden Zweifel wird der weltweite Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, der den Charakter unserer Epoche bestimmt, weitere Fortschritte machen; ohne jeden Zweifel werden die großen revolutionären Strömungen unserer Zeit — das sozialistische Weltsystem, die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung ebenso wie die nationale Befreiungsbewegung — weitere Erfolge erzielen. Die sozialistische Staatengemeinschaft wird sich noch enger um ihren Kern, die Sowjetunion, zusammenschließen; der Integrationsprozeß innerhalb dieser Gemeinschaft wird planvoll und zielgerichtet fortgesetzt werden. Noch deutlicher wird sich die Gemeinschaft der um die UdSSR gescharten sozialistischen Länder als wichtigste Triebfeder des historischen Fortschritts der Menschheit, als ausschlaggebende Kraft im antiimperialistischen Kampf und bei der Verhinderung eines neuen Weltkrieges erweisen. Damit wächst die internationale Verantwortung der sozialistischen Staaten und aller ihrer Bürger — die Verantwortung sowohl gegenüber den sozialistischen Bruderländern und gegenüber der sozialistischen Staatengemeinschaft insgesamt als auch gegenüber den anderen antiimperialistischen Kräften. Die feste Verankerung unserer Republik in der sozialistischen Gemeinschaft verlangt in zunehmendem Maße, den Blick über die Grenzen des eigenen Landes hinaus auf die internationalen Folgewirkungen des eigenen Handelns zu richten.

Bereits in den zurückliegenden Jahren hat sich das internationale Kräfteverhältnis immer mehr zugunsten des Sozialismus, der Demokratie und des Friedens verändert. Der Imperialismus hat sich außerstande gezeigt, die historische Initia-

tive zurückzugewinnen. Deshalb hat er in letzter Zeit versucht — und er wird das weiter tun —, sich der neuen Situation dadurch anzupassen, daß er insbesondere in Europa alle Kräfte und Mittel darauf konzentriert, vorwiegend auf ideologischem Wege in die sozialistischen Länder einzudringen. Angesichts der Realitäten sieht er sich gezwungen, die vom Sozialismus ausgehende Herausforderung zum politischen, ökonomischen und ideologischen Systemvergleich anzunehmen. Im Lager des Imperialismus ist gegenwärtig ein Methodenstreit darüber im Gange, auf welchem Wege dieser historischen Herausforderung am aussichtsreichsten zu begegnen sei, wie der Stoß gegen die Macht der Arbeiterklasse am wirksamsten geführt werden könne. Dieser Streit über Mittel und Wege, ausgetragen zwischen den Vertretern der historisch bereits gescheiterten Politik der „Stärke“, also der offenen Konfrontation, und den Fürsprechern einer beweglicheren Taktik des „Wandels durch Annäherung“ an die sozialistische Staatengemeinschaft, wird auf der gemeinsamen Basis der Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie ausgefochten. In der BRD gehören zu den Exponenten der erstgenannten Richtung die Mehrzahl der führenden Politiker der CDU/CSU und die anderen ihnen verbündeten Kräfte des von der Strauß-Gruppe dominierten Rechtskartells, zu den Befürwortern der zweiten Variante die Mehrzahl der SPD-Führer und der mit ihnen koalierenden FDP-Politiker.

Die Repräsentanten beider Flügel stehen gleichermaßen auf der Plattform des Antikommunismus und auf den Positionen der imperialistischen Globalstrategie, verfechten jedoch zwei taktisch unterschiedliche Varianten des ihnen erfolversprechend erscheinenden Vorgehens gegen den Weltsozialismus und die anderen Hauptströmungen der revolutionären Weltbewegung. Während der eine Flügel nach wie vor der Politik des gewaltsamen „roll back“ bzw. der „Eindämmung des Kommunismus“ — gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln — anhängt, setzt der andere Flügel seine Hoffnung in verstärktem Maße auf den Versuch, mit Hilfe außenpolitischer Manöver, ökonomischer Erpressung und ideologischer Infiltration bei gleichzeitigem militärischem Druck den Sozialismus „in der Umarmung zu ersticken“. Gemeinsam sind den Vertretern beider taktischer Varianten das Festhalten an den staatsmonopolistischen Eigentums- und Machtverhältnissen und das Bestreben, sie gegen jeden echten demokratischen Fortschritt zu verteidigen. Gemeinsam sind ihnen die Feindschaft gegen den real existierenden Sozialismus und die Absicht, ihn zurückzudrängen und schließlich als System zu liquidieren.

Die von der sozialdemokratischen Führung vertretene politische Taktik, die mit Hilfe des Sozialdemokratismus ideologisch „begründet“ und propagiert werden soll, zeichnet sich lediglich dadurch aus, daß sie nicht offen die Liquidation des Sozialismus fordert, sondern zu seiner „Verbesserung“ und „Vermenschlichung“ aufruft, sich außenpolitisch „verständigungsbereit“ gibt und die Systemstabilisierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus durch begrenzte Teilreformen zu bewerkstelligen sucht. Die Verfechter beider Varianten handeln also im Dienste der gleichen imperialistischen Zielsetzung. Das Wesen des Sozialdemokratismus und die ihm gegenwärtig zugeordnete Rolle kennzeichnete Gerald Götting in seinem Referat auf der XI. Sitzung des Hauptvorstandes im März 1971 zusammenfassend mit den Worten:

„Der Sozialdemokratismus ist die Fortsetzung der Ideologie und Politik des Imperialismus mit anderen Mitteln. In einer Zeit, da die innere Labilität des imperialistischen Systems zunimmt, soll er helfen, dieses System zu stabilisieren, indem er die revolutionären Kräfte in der Arbeiterbewegung bekämpft und ihre potentiellen Verbündeten – auch in christlichen Kreisen – mit Scheinalternativen verwirrt. In einer Zeit, da das internationale Kräfteverhältnis sich immer mehr zu Ungunsten des Imperialismus verändert, soll der Sozialdemokratismus ihm helfen, sich in den Methoden des Vorgehens den Realitäten anzupassen und die sozialistische Staatengemeinschaft mit der Taktik der politisch-ideologischen Erosion sozusagen von innen her aufzubrechen.“⁴

Exakte Kenntnisse über die Triebkräfte und Gesetzmäßigkeiten des gesellschaftlichen Gesamtprozesses, insbesondere über das Wesen des Imperialismus als System und über seinen Platz in der Geschichte, über die historische Rolle der Arbeiterklasse, über den Charakter unserer Epoche, über die friedenserhaltende und zukunftgestaltende Mission des Sozialismus, über die Bedeutung der um die Sowjetunion zusammengeschlossenen sozialistischen Staatengemeinschaft in der internationalen Klassenauseinandersetzung, werden uns gefeit machen gegen soziale Demagogie und leere Friedensbeteuerungen, gegen alle Versuche zur Verschleierung des staatsmonopolistischen Systems, gegen alle Bemühungen rechtsorientierter sozialdemokratischer Politiker, ihre eigene proimperialistische Haltung zu vertuschen. Um so besser werden wir lernen, in den politischen Grundfragen unserer Zeit den Standpunkt der Ar-

⁴ In der festen Gemeinschaft der Nationalen Front unter der bewährten Führung der SED zu neuen Erfolgen bei der allseitigen Stärkung der DDR! – Bericht über die XI. Sitzung des Hauptvorstandes der CDU am 25. und 26. März 1971 in Dresden, o. O. o. J. (Berlin 1971), S. 6

beiterklasse und ihrer Partei zu teilen und zu vertreten, deren Interessen prinzipiell mit unserem eigenen gesellschaftlichen Verlangen nach gesichertem Frieden und gesellschaftlichem Fortschritt übereinstimmen.

Zweitens: In den kommenden Jahren wird der Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik schrittweise vollendet werden. Das geschieht durch die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft von den bereits erkämpften Errungenschaften aus, und zwar ohne Illusionen darüber, daß der vollständige Aufbau des Sozialismus etwa bereits in unmittelbar bevorstehender Zukunft erreicht und abgeschlossen werden könnte. Dazu erforderlich – so sagte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED im Bericht auf dem VIII. Parteitag der Partei der Arbeiterklasse – „ist ein höheres Niveau der Produktivkräfte, der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen und des sozialistischen Bewußtseins der Menschen“.⁵ Die umfassende Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist also eine Aufgabe auf lange Sicht. Ihre Lösung wird noch viel Kraft erfordern, wird noch die Überwindung zahlreicher objektiver und subjektiver Widersprüche verlangen und wird ihrerseits wiederum die Vorstufe darstellen für die Überleitung in die nächsthöhere Phase der kommunistischen Gesellschaft, die vom Sozialismus nicht durch eine starre Grenzlinie getrennt ist.

Auf dem VIII. Parteitag der SED war bekanntlich nicht mehr von Systembeziehungen innerhalb der sozialistischen Gesellschaft die Rede, ebensowenig wie vom „Gesamtsystem des Sozialismus“. Gesellschaftliche Zusammenhänge lassen sich nur unvollständig und unter Außerachtlassung wichtiger spezifischer Faktoren, die mit den klassenbedingten Besonderheiten gesellschaftlicher Prozesse zusammenhängen, mit Hilfe kybernetischer Begriffe und Modelle erfassen und regulieren. Dennoch gilt der Sache nach weiterhin die Erkenntnis, daß das weitere Voranschreiten des sozialistischen Aufbaus durch zunehmende Komplexität der gesellschaftlichen Prozesse gekennzeichnet sein wird und ausgewogene Entwicklungsproportionen zwischen allen gesellschaftlichen Lebensgebieten erfordern. Was im Bereich der Ökonomik vor sich geht, bleibt nicht ohne Einfluß und Auswirkung auf die geistig-kulturelle Sphäre; was auf dem Gebiet der Volksbildung geleistet oder aber versäumt wird, macht sich als Vorlauf oder als Hemmnis auch in der materiellen Produktion oder bei der Entfaltung der sozialistischen Demokratie bemerkbar – dies nur als Beispiel für die

⁵ VIII. Parteitag der SED . . . , a. a. O., S. 33

fortbestehende und sich vertiefende Wechselwirkung zwischen allen Bereichen unseres sozialistischen Gesellschaftsorganismus, für die zunehmende Verflechtung aller gesellschaftlichen Beziehungen.

Um so notwendiger ist es, in echter Verantwortung für das Ganze, also für die gesamte Gesellschaft mit allen ihren Lebensäußerungen, zu denken und zu handeln. Diese Forderung gilt für Betriebsleiter ebenso wie für Kulturschaffende, für Partei- und Staatsfunktionäre ebenso wie für Lehrer und Erzieher, für Genossenschaftsmitglieder ebenso wie für Angehörige der wissenschaftlichen oder technischen Intelligenz. Jeder ist berufen und verpflichtet, gleichermaßen als sozialistischer Produzent und kollektiver Eigentümer unseres gesellschaftlichen Reichtums zu wirken. Jeder ist gefordert und beauftragt, an seinem Platz mitzuplanen, mitzuarbeiten und mitzuregieren und dabei die besonderen Belange seines unmittelbaren Verantwortungsbereiches stets auf die günstigste Weise mit den Interessen der Allgemeinheit zu verknüpfen. Gesellschaftsdienliches Verhalten wird mehr denn je zum Kriterium für die innere Verbundenheit mit der Sache des Sozialismus, für den Reifegrad der Persönlichkeit und für die öffentliche Achtung des einzelnen.

Drittens: Es war bereits die Rede davon, daß die Integration unserer Republik in die sozialistische Staatengemeinschaft sich auf neuer Ebene und in neuen Dimensionen fortsetzen wird. Im dialektischen Zusammenhang damit wird die Abgrenzung vom imperialistischen System in der BRD fortgeschritten. Zwischen den Gesellschaftsverhältnissen in der Bundesrepublik und im sozialistischen deutschen Staat gibt es keinerlei systembedingte Gemeinsamkeiten. Die Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus wird sich im Gegenteil weiter zuspitzen. In dem Grundgegensatz zwischen diesen beiden Systemen äußert sich auf spezifische Weise der antagonistische Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Monopolbourgeoisie. Dieser Widerspruch ist seinem Wesen nach unüberbrückbar; er kann nur im Kampf zwischen den beiden Grundklassen ausgetragen und überwunden werden. Dementsprechend können auch die Gegensätze zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht durch gutes Zureden oder durch die Bemühungen der Konvergenztheoretiker aus der Welt diskutiert werden. Überwunden werden können diese Widersprüche nur durch die Überwindung des Imperialismus selbst. Die Politik der friedlichen Koexistenz ist keine Verzichtserklärung der sozialistischen Staaten, kein Versuch, die internationale Klassenauseinandersetzung abzuschwächen und

die ohnehin nicht vorhandenen Überlebenschancen des Imperialismus zu vergrößern. Die Politik der friedlichen Koexistenz entspringt vielmehr dem Bestreben der sozialistischen Staatengemeinschaft und der mit ihr verbundenen antiimperialistischen Kräfte, kriegerische Erscheinungsformen dieser internationalen Auseinandersetzung um der Menschlichkeit willen nach Möglichkeit auszuschließen und den Klassenkampf auf das politische, ökonomische und ideologische Feld zu konzentrieren.

Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich mit objektiver geschichtlicher Logik und Zwangsläufigkeit die Tendenz zu vertiefter sozialökonomischer, politischer und geistig-kultureller Abgrenzung zwischen Sozialismus und Imperialismus bei gleichzeitigem Bemühen der sozialistischen Länder, in den Grundfragen der Friedenssicherung eine Verständigung mit mehr oder weniger realistisch denkenden Repräsentanten kapitalistischer Staaten zu erzielen und die sachliche Zusammenarbeit mit diesen Staaten in Fragen von gemeinsamem Interesse auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu entwickeln.

In der gegnerischen Propaganda wird die Sache heute manchmal so dargestellt, als sei die Abgrenzung nichts weiter als eine politisch zweckbedingte Erfindung der Deutschen Demokratischen Republik und anderer sozialistischer Länder. Demgegenüber sei daran erinnert, daß beispielsweise Henry Kissinger, der heutige Sicherheitsbeauftragte des USA-Präsidenten Nixon, schon 1968 in seinem Beitrag zu dem in den Vereinigten Staaten erschienenen Sammelband „Conditions of World Order“ diesen Begriff zur Kennzeichnung des Verhältnisses zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Weltsystem verwendet hat. Der Parteirat der SPD erklärte in seinem berüchtigten Antikommunismusbeschluß Ende Februar 1971: „Keine Friedenspolitik, keine außenpolitische Annäherung kann diesen Gegensatz der Systeme beseitigen, keine darf ihn übersehen.“⁶ Von dem sozialdemokratischen Bundeswehrminister Helmut Schmidt überliefert die SPD-Wochenzeitung „Vorwärts“ vom 21. 12. 1970 die Äußerung, „... die von der Bundesregierung gewollte außenpolitische Normalisierung des Nachbarschaftsverhältnisses zu osteuropäischen Staaten dürfe und wolle den Gegensatz der Systeme nicht vertuschen“. Egon Bahr, Staatssekretär im Bundeskanzleramt, gab in einer Verlautbarung vom 19. Mai 1971 zu: „... es ist auch richtig ..., daß es keine Mixtur gibt zwischen unserem

⁶ Dieses und die folgenden Zitate nach ADN-Materialien

gesellschaftlichen System ... und dem Kommunismus. Insofern hat der Herr Honecker recht, wenn er von Abgrenzung spricht.“ Bundeskanzler Brandt schließlich beklagte erst in der vergangenen Woche in einem Interview mit der niederländischen Zeitung „Het Vrije Volk“ einerseits bei der DDR „Tendenzen der extremen Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik“ und setzte andererseits wenige Absätze weiter als „hinreichend bekannt“ voraus, „daß sich die deutsche Sozialdemokratie gegenüber den kommunistischen Parteien ganz entschieden abgrenzt“. Wir sehen also, daß auch bürgerliche und sozialdemokratische Ideologen und Politiker sich des objektiven Charakters der Abgrenzungsprozesse sowohl zwischen den beiden Weltsystemen als auch zwischen DDR und BRD sehr wohl bewußt sind und im Grunde von ihren Konvergenztheorien selbst nichts halten.

Nichtsdestoweniger verbreitet nicht nur die CDU/CSU, sondern auch die rechte sozialdemokratische Führung mit bewußter politischer Abzweckung nach wie vor Illusionen über eine angeblich fortbestehende „Einheit der deutschen Nation“. Diese historisch-theoretische Hilfskonstruktion soll dazu dienen, die alte Bonner Alleinvertretungsanmaßung zu konservieren oder ihre scheinbar neuen Modifikationen ideologisch abzustützen. Aber bekanntlich ist die Nation keine Kategorie von Ewigkeitswert, sondern eine historisch bedingte und in ihrem jeweiligen Klasseninhalt wandelbare Struktur- und Entwicklungsform der menschlichen Gesellschaft. Ein Staat, in dem die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und den anderen werktätigen Schichten die Macht ausübt, und ein Staat, in dem die Großbourgeoisie regiert, können nicht beide von einer einheitlichen Nation bewohnt sein. Ein Staat, dessen Basis von dem gesellschaftlichen Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln gekennzeichnet wird, und ein Staat, in dem die Konzentration und Zentralisation des Kapitals sich immer rascher vollzieht, sind auch in ökonomischer Hinsicht nicht durch nationale Gemeinsamkeiten verbunden. Ein souveräner Staat wie unsere Republik mit eindeutig bestimmtem Territorium und zuverlässig geschützten Grenzen ist nicht auf imaginäre „nationale“ Weise identisch mit einem Staat wie der Bundesrepublik. Ein Staat wie der unsere, der mit der Sowjetunion brüderlich verbunden und fest in der sozialistischen Staatengemeinschaft verankert ist, hat weder in seinem geschichtlichen Platz noch in seiner außenpolitischen Orientierung etwas gemein mit der Bundesrepublik, die sich in die imperialistische Globalstrategie der USA und der NATO eingefügt hat. Ein Staat wie unsere Re-

publik, in der die geistige und moralische Atmosphäre immer mehr von den Ideen und Normen des Sozialismus bestimmt wird, ist auch in ideologisch-kultureller Hinsicht durch unüberbrückbare Gegensätze von einem spätkapitalistischen Staat wie der Bundesrepublik geschieden. Ein sogenanntes „besonderes innerdeutsches Verhältnis“ zwischen diesen gegensätzlichen Staaten gehört also in das Reich der Legende und kann in keiner Weise dafür bemüht werden, irgendwelche „innerdeutschen Sonderbeziehungen“ zwischen ihnen und ihren Staatsvölkern, also irgendwelche Vormundschaftsansprüche der Bundesrepublik gegenüber der DDR, zu begründen.

Viertens: Gleiches gilt im Prinzip für die Rolle der wissenschaftlich-technischen Revolution, die ebenfalls sehr häufig von den Konvergenztheoretikern herangezogen wird, um daraus scheinbare Gemeinsamkeiten oder zumindest Parallelen zwischen den beiden im Grunde unvereinbaren Gesellschaftssystemen des Kapitalismus und des Sozialismus herzuleiten. Unzweifelhaft gehört auch die wissenschaftlich-technische Revolution zu jenen objektiven Vorgängen, die unserer derzeitigen und künftigen gesellschaftlichen Entwicklung das Gepräge geben und damit auch die Prozesse der Persönlichkeitsentwicklung und Bewußtseinsbildung beeinflussen. Unbestreitbar trifft auch zu, daß sie sich – was die Entwicklung der Produktionsmittel und Produktionsverfahren anbetrifft – in kapitalistischen wie in sozialistischen Ländern durchsetzt. Aber der soziale Rahmen, in dem sie sich jeweils vollzieht, und die gesellschaftlichen Folgeerscheinungen weisen unter sozialistischen Bedingungen qualitativ andersartige Merkmale auf als unter kapitalistischen Verhältnissen. Die Rolle der unmittelbaren Produzenten, die gesellschaftlichen Bemühungen um die Meisterung der sozialen Auswirkungen, die Art und Weise der Verwendung der Resultate der wissenschaftlich-technischen Revolution sind bei uns infolge der Vorzüge der sozialistischen Produktionsweise bekanntermaßen gänzlich anders gelagert als in der spätkapitalistischen Gesellschaft. Wo das Streben nach Profit, basierend auf Verhältnissen der Ausbeutung und Unterordnung, der treibende Mechanismus der Produktion und der Verwertung ihrer Ergebnisse ist, verläuft die wissenschaftlich-technische Revolution nicht zum Segen der Menschheit, sondern kann sehr wohl zu ihrem Fluch werden. Sie ist also kein gesellschaftlich wertfreier, sozusagen klassenneutraler Prozeß, sondern in ihren Grundlagen, Erscheinungsformen und Auswirkungen sehr wohl gesellschaftlich determiniert. Das reicht bis hin zu den Problemen des Umweltschutzes, die gegenwärtig international so stark in der Diskussion sind.

Die Herrschaft der Arbeiterklasse und die führende Rolle ihrer Partei in der sozialistischen Gesellschaft bürgen dafür, daß die wissenschaftlich-technische Revolution und der damit zusammenhängende Aufschwung in der Entwicklung der Produktivkräfte zu bedeutenden Fortschritten im Interesse der Werktätigen führen. Das sozialistische Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln ermöglicht die Planung von Wissenschaft und Technik den Erfordernissen der revolutionären Entwicklung der sächlichen Produktivkräfte gemäß, vor allem aber im Sinne wachsenden Wohlstandes der schaffenden Menschen, also entsprechend dem Ziel des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus. Die sozialistischen Gesellschaftsverhältnisse bieten Gewähr dafür, daß die staatliche Leitung und Planung der zentral bedeutsamen wissenschaftlich-technischen Aufgaben und Prozesse sich mit der Initiative und schöpferischen Tatkraft aller Werktätigen bei der Umsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in die Praxis vereint.

Im übrigen sollten wir darauf achten, daß nicht jede wissenschaftlich-technische Neuerung in der Produktion oder in anderen Bereichen als Ausdrucksform oder Begleiterscheinung der wissenschaftlich-technischen Revolution interpretiert werden kann. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt vollzieht sich bei den Produktionsinstrumenten, den Arbeitsgegenständen und den technologischen Verfahren praktisch zu jeder Zeit und ununterbrochen. Eine wissenschaftlich-technische Revolution erfolgt jeweils an bestimmten Knotenpunkten der Entwicklung der Produktivkräfte. Es ist also durchaus angebracht, mit diesem Begriff etwas sparsamer und exakter, also weniger pauschal umzugehen, als das bisweilen der Fall war.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt verlangt – das ist inzwischen fast zu einer Binsenwahrheit geworden – ein ständig umfangreicher werdendes Maß an Qualifikation der Werktätigen. Ein fortwährender Lernprozeß nicht allein auf fachlichem, sondern auch auf gesellschaftlichem Gebiet gehört zu den unabwiesbaren Erfordernissen unserer Tage. Auch auf diesem Gebiet, vor allem im Hinblick auf die gegebenen Bildungsmöglichkeiten und auf die gesellschaftlichen Anstrengungen zur Bewältigung der Qualifizierungsprobleme, tun sich grundlegende Gegensätze zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf.

Fünftens: In den kommenden Jahren wird sich die politisch-moralische Einheit unseres Volkes weiter herausbilden und festigen. Die Übereinstimmung der gesellschaftlichen Be-

lange mit den individuellen und Gruppeninteressen wird sich in einem fortlaufenden Prozeß immer weiter durchsetzen und dem einzelnen immer besser bewußt werden. Grundlage dafür ist die noch höhere Ausprägung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, die im Mittelpunkt unserer gesamten gesellschaftlichen Entwicklung steht. Wer sonst wäre imstande, bei der weiteren Errichtung der sozialistischen Gesellschaft ebenso wie im Kampf gegen das friedensbedrohende System des Imperialismus voranzugehen, wenn nicht die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Partei? Sie hat im Ringen gegen die Verderber unseres Volkes den größten Heldenmut bewiesen und die schwersten Opfer gebracht. Sie stand an der Spitze, seit es nach der Befreiung unseres Landes darauf ankam, die Trümmer wegzuräumen und ein neues Leben, einen neuen Staat aufzubauen. Sie ist unmittelbar mit der modernen Großproduktion verbunden und besitzt den höchsten Grad an Organisiertheit, Disziplin und wissenschaftlicher Voraussicht. Ihre Klasseninteressen decken sich mit den objektiven Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung und mit den Grundinteressen aller anderen Klassen und Schichten des werktätigen Volkes. Sie hat ihre Führungsfunktion nie als Privileg verstanden – weder in der Ausübung der Staatsmacht noch bei der Lösung der konkreten Aufgaben in den anderen gesellschaftlichen Bereichen –, sondern war stets auf umfassende Bündnisbeziehungen, auf gemeinsame Beratung und Lösung aller wichtigen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung bedacht. Die Bündnispartner der Arbeiterklasse bestimmen ihr eigenes Entwicklungs- und Betätigungsfeld in dem Umfang, wie sie ihre weitere Einordnung in die sozialistische Gesellschaft immer bewußter vollziehen. Uns Christen hat gerade die Bündnispolitik der gesellschaftlichen Führungskraft unseres Staates ermöglicht, immer effektiver unseren spezifischen Beitrag zum Wohle des Ganzen zu leisten. Unsere Entscheidung für die Kampfgemeinschaft mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei hat sich hundertfältig als richtig erwiesen. Das weitere Wachstum ihrer Führungsrolle ist die Gewähr künftiger Siege.

Einige unserer Freunde haben in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, warum auf dem VIII. Parteitag der SED und seither nicht mehr von der sozialistischen Menschengemeinschaft die Rede gewesen sei. Natürlich bleibt sie in der Perspektive unser Ziel. Aber Perspektive und Realität, Ideal und Leben, Zukunft und Gegenwart darf man nicht miteinander verwechseln. Dem Ziel nähern wir uns Schritt um Schritt im Maße des bewußten Handelns der Menschen selbst. Das ist ein

langwieriger Prozeß, der sich in der täglichen Arbeit und unter dem Einfluß der bewußtseinsbildenden Tätigkeit aller gesellschaftlichen Kräfte allmählich zu vollziehen hat. Beschleunigt wird er nicht dadurch, daß die real noch vorhandenen Klassenunterschiede verwischt oder Differenzen im sozialen und ideologischen Entwicklungsstand verschiedener Bevölkerungsschichten gleichsam zugedeckt werden. Gefördert wird dieser Prozeß nur dadurch, daß die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei zunehmend entfaltet und auf dieser Grundlage die politisch-moralische Einheit des Volkes gefestigt wird.

S e c h s t e n s : Mit diesem Prozeß der weiteren Stabilisierung und Vervollkommnung der inneren Gesellschaftsverhältnisse in unserer sozialistischen Republik hängt ursächlich auch die gesellschaftliche und geistige Neuorientierung in kirchlichen Kreisen zusammen. Vor allem in den evangelischen Landes- und Freikirchen, in Ansätzen aber auch im katholischen Klerus hat in den letzten Jahren die Profilbestimmung im Hinblick auf den Standort innerhalb unseres sozialistischen Staates Fortschritte gemacht. Zahlreiche kirchenleitende Gremien und namhafte Einzelpersonlichkeiten des kirchlichen Lebens haben sich hinter wichtige Punkte des Friedenskonzepts der DDR gestellt; sie setzen sich ein für die unverzügliche Einberufung der europäischen Sicherheitskonferenz unter gleichberechtigter Teilnahme der Deutschen Demokratischen Republik und der BRD, für die Aufnahme der DDR in die Vereinten Nationen und ihre gleichberechtigte Mitarbeit in den Spezialorganisationen der UNO, für die Herstellung normaler völkerrechtlicher Beziehungen der BRD und anderer kapitalistischer Staaten zur DDR, und sie begrüßen das Vierseitige Abkommen über Westberlin als Beitrag zur Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Es ist zu erwarten, daß die Kirchen künftighin noch intensiver darum bemüht sein werden, die gesellschaftliche Akzentuierung ihres eigenen Auftrags und Dienstes in Übereinstimmung zu bringen mit dem Wollen und Handeln der Gemeindeglieder, die sich in wachsender Zahl als überzeugte Bürger des sozialistischen deutschen Staates verstehen und die Verwirklichung der humanistischen Prinzipien der Deutschen Demokratischen Republik aktiv unterstützen. Schon heute läßt sich feststellen, daß die Bewußtheit der antiimperialistischen Parteinarbeit, die Verbundenheit mit unserem sozialistischen Staat, die Bereitschaft zu verantwortungsbewußtem staatsbürgerlichem Denken und Handeln bei immer mehr Geistlichen und anderen kirchlichen Amtsträgern im Wachsen begriffen sind. Sie gehen — wie die große Mehrzahl der Ge-

meindeglieder — mit Recht davon aus, daß Christen in jeder gesellschaftlichen Situation in die Verantwortung für den Frieden und für den Nächsten gerufen sind, und erkennen immer besser, daß Christen diese gesellschaftliche Verantwortung unter den Bedingungen des Sozialismus erstmals im Einklang mit ihrer Umwelt praktizieren können.

Solche Einsichten verdrängen in steigendem Umfang die von der theologischen Reaktion ausgegebene Losung, daß Christen sich dem Sozialismus gegenüber mit „kritischer Distanz“ verhalten müßten oder allenfalls zu einer „kritischen Solidarität“ mit der sozialistischen Gesellschaft in der Lage seien, wobei der Akzent auf dem Beiwort „kritisch“ liege. Abgesehen davon, daß Kritik und Selbstkritik ohnehin zu den Entwicklungsgesetzen der sozialistischen Gesellschaft gehören, daß es also Recht und Pflicht eines jeden Bürgers — ob Christ oder nicht — darstellt, darauf hinzuwirken, daß Mißstände abgestellt werden, spricht aus einer solchen These vom „kritischen Engagement“ nichts weiter als das alte, überkommene bürgerliche Gesellschafts- und Staatsverständnis: Gesellschaft oder Staat als eine fremde, dem Individuum feindlich gegenüberstehende Macht. Die sozialistische Gesellschaft dagegen versteht sich als Verkörperung aller Bürger und der zwischen ihnen bestehenden Beziehungen, der sozialistische Staat begreift sich als Ausdruck des Willens aller Werktätigen, als ihre politische Organisation, als das Instrument, mit dem sie gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei den Sozialismus verwirklichen. Dieser Grundwahrheit in vollem Maße innezuwerden setzt weitere Fortschritte in jenem „Lernprozeß“ voraus, von dem heute in kirchlichen Kreisen oft und nicht zu Unrecht die Rede ist. Er wird den Kirchen dazu verhelfen, sich noch besser auf die Spezifik ihrer Situation und ihres Auftrags in unserer Republik zu besinnen und daraus die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen. —

Diese sechs Faktoren sind einige der wesentlichen Umstände, die wir in Rechnung stellen, wenn es um die weitere Vertiefung des sozialistischen Staatsbewußtseins von Bürgern christlichen Glaubens und damit auch um die Bestimmung des Koordinatensystems für die politische Arbeit unserer Partei in der kommenden Periode geht. Auf der Mitarbeiterkonferenz der CDU, die im September 1971 in Burscheidungen über die Auswertung des VIII. Parteitages der SED beriet, hat Gerald Götting in seinem Referat herausgearbeitet, worin die ausschlaggebenden Merkmale für die gesellschaftliche Haltung und Aktivität eines Bürgers christlichen Glaubens bestehen, der bewußt im Sinne des Sozialismus denkt und handelt:

„Er ist überzeugt, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört, und tut alles dafür, daß der Sozialismus siegt. Er beweist Gemeinsinn, indem er in gesellschaftlichen Maßstäben denkt und in echter Verantwortung für das Ganze handelt. Er weiß sich eng mit seinem sozialistischen Vaterland verbunden und erweist sein Staatsbewußtsein durch seinen persönlichen Beitrag zur Stärkung der DDR. Er erfüllt vorbildlich die volkswirtschaftlichen Planaufgaben, nimmt aktiven Anteil am sozialistischen Wettbewerb und an der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit . . . Er nimmt seine staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten wahr, indem er an der Leitung und Planung der Gesellschaft teilnimmt, die sozialistische Demokratie in allen Lebensbereichen vertiefen hilft, in der Nationalen Front mitwirkt und zum Schutz unserer sozialistischen Errungenschaften bereit ist. Er fühlt sich als Bürger des deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates eng verbunden mit dem Sowjetvolk, mit der ganzen sozialistischen Staatengemeinschaft und übt kämpferische Solidarität mit allen um ihre Freiheit ringenden Völkern. Er grenzt sich vom Imperialismus, seiner Ideologie und Politik entschieden ab; er ist wachsam gegenüber allen imperialistischen Machenschaften und hilft mit, daß der Imperialismus als System zurückgedrängt und schließlich überwunden wird. Er strebt nach allseitiger Bildung, nach ständiger Qualifizierung, nach Aneignung der Schätze der Kultur und hat schöpferisch teil am geistigen Leben unserer sozialistischen Gesellschaft.“⁷

Ohne Frage kommt der sozialistischen Nationalkultur eine wesentliche Rolle bei der weiteren Herausbildung sozialistischer Persönlichkeitsmerkmale und bei der Förderung sozialistischer Gemeinschaftsbeziehungen zu. Vornehmliches Ziel bei der Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur ist die Bildung und Erziehung überzeugter Erbauer des Sozialismus. Dabei besteht eine enge Wechselwirkung zwischen der Gestaltung der sozialistischen Wirklichkeit und dem Inhalt sowohl des künstlerischen Schaffens als auch der kulturellen Massarbeit. Erinnert sei an das Wort Erich Honeckers auf dem VIII. Parteitag der SED: „Die stete Vorwärtsentwicklung in unserem Leben legt immer mehr fruchtbaren Boden für die künstlerische Arbeit frei. So herrscht bei uns ein gutes Klima für die Entwicklung der Künste und für die kulturelle Betätigung.“⁸ Die Werktätigen legen in steigendem Maße neue kulturelle Bedürfnisse und Gewohnheiten an den Tag, die dem Sozialismus gemäß sind. Den Kulturschaffenden wiederum

⁷ Die Aufgaben der CDU bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR . . . Bericht über die Mitarbeiterkonferenz der CDU am 27. und 28. September 1971 in Burgscheidungen, o. O. o. J. (Berlin 1971), S. 9 f.

⁸ VIII. Parteitag der SED . . ., a. a. O., S. 75

bietet der Sozialismus nicht allein ein neues, kunstverständiges Publikum, sondern auch neue, lohnende Themen in großer Zahl. Die Meisterschaft bei ihrer Gestaltung, die Wirksamkeit neuer Werke hängen in ausschlaggebendem Maße ab von dem parteilichen Standpunkt der Künstler selbst, von ihrer Verbindung mit dem Leben, von ihrem wissenschaftlich fundierten Verständnis für die Prozesse und Perspektiven unserer gesellschaftlichen Entwicklung. So werden sie – wie es der VIII. Parteitag der SED und auch die Mitarbeiterkonferenz unserer Partei hervorgehoben haben – in die Lage versetzt, mit dem ganzen Reichtum ihrer Handschriften und Ausdrucksweisen das Große und Schöne unserer Zeit zu gestalten, auch die zu überwindenden Widersprüche kritisch darzustellen, auf solche Art die Kunst des sozialistischen Realismus zu bereichern und die sozialistische Persönlichkeit unserer Zeit prägen zu helfen.

Die Entwicklung der sozialistischen Lebensweise erfolgt in enger Wechselwirkung mit der sozialistischen Produktion. Die Lebensweise sozialistischer Persönlichkeiten bildet sich nicht automatisch im Gefolge sozialistischer Produktionsverhältnisse heraus. Die Merkmale der sozialistischen Lebensweise auszuprägen erfordert Arbeit an sich selbst und am Mitmenschen. Es wäre verfehlt, den dabei gegenwärtig erreichten Stand zu überschätzen. Es wäre ebenso falsch, ihn zu unterschätzen. Für die große Mehrzahl unserer Bürger, nicht zuletzt der Bürger christlichen Glaubens, ist die Ankunft im Sozialismus erfolgt; sie haben die grundsätzliche Entscheidung für den Sozialismus getroffen, wenn auch noch nicht in allen Fällen mit ganzer Bewußtheit und mit sämtlichen Konsequenzen. Dessenungeachtet wirken sich Überreste der kapitalistischen Vergangenheit und auch gegnerische Beeinflussungsversuche noch immer aus. Dennoch läßt sich feststellen, daß heute für die Mehrheit der christlichen Bürger die Frage, ob man im Sozialismus leben kann, bereits positiv beantwortet ist. Jetzt geht es um die Frage, wie man im Sozialismus zu leben hat, wie also die schöpferische christliche Existenz in unserer neuen Gesellschaft bewußt und aktiv zu vollziehen ist. Unsere sozialistische Nationalkultur und namentlich der Beitrag christlicher Kulturschaffender zu ihrer weiteren Entwicklung können wesentlich helfen, solche Fragen sachgerecht und ermutigend, also wahrhaft persönlichkeitsbildend, im sozialistischen Sinne zu beantworten.

In der Leitungstätigkeit auf kulturpolitischem Gebiet gehen wir von der bereits dargelegten Erkenntnis aus, daß die politischen und ökonomischen, sozialen und ideologisch-kulturellen Prozesse bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen

Gesellschaft eine Einheit bilden. Um so mehr gelten für die Anleitung und Unterstützung auch der kulturpolitischen Arbeit unserer Vorstände – wie auf allen anderen Gebieten der Tätigkeit unserer Partei – die Leitungsprinzipien der Kollektivität und der Planmäßigkeit. Dabei kommt es in hohem Maße auf das richtige Verhältnis zwischen Schwerpunktbildung und Breitenwirkung an. Schwerpunktmäßig sollte sich die anleitende Tätigkeit unserer Vorstände vor allem richten auf:

- die unserer Partei angehörenden Abgeordneten und hauptamtlichen Staatsfunktionäre, und zwar im Hinblick auf die Rolle des sozialistischen Staates als Hauptinstrument bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und demzufolge auch der sozialistischen Nationalkultur,
- unsere Freunde, die in den Ausschüssen der Nationalen Front mitverantwortlich dafür sind, daß sich in den städtischen Wohngebieten und Dörfern ein reges geistig-kulturelles Leben entfaltet,
- die Unionsfreunde, die in den Leitungen von Betrieben und Genossenschaften Verantwortung auch für die Kulturarbeit tragen,
- die der CDU angehörenden oder ihr nahestehenden Kulturschaffenden, denen wir helfen wollen, eine enge Verbindung mit dem Leben zu finden und ein wissenschaftlich fundiertes Verständnis für die Entwicklung unserer Gesellschaft zu gewinnen.

Bei voller Berücksichtigung dieser Schwerpunkte behalten wir andererseits im Auge, daß die sozialistische Nationalkultur – eben weil sie nicht Angelegenheit einer Elite ist, wie unter spätbürgerlichen Verhältnissen – zur Sache aller Bürger werden soll. Deshalb sollten unsere Vorstände in aller Breite darauf Bedacht nehmen, bei unseren Freunden höhere kulturelle Bedürfnisse wecken zu helfen und sie auf eine sinnvolle Freizeitgestaltung hinzulenken. Leitungstätigkeit auf kulturpolitischem Gebiet heißt, kulturelle Aktivitäten nicht nur zu registrieren und zu summieren, sondern zielgerichtet zu fördern, nämlich

- durch Hilfe bei der Klärung der politisch-geistigen Grundpositionen,
- durch Erfahrungsaustausch zwischen den verantwortlichen Freunden, der sich auch in dieser Beziehung als die „billigste Investition“ erweisen wird, und nicht zuletzt
- durch eine kulturvolle Gestaltung der Ortsgruppenversammlungen und anderer Parteiveranstaltungen, durch ge-

zieltes Bemühen, unsere Freunde an kulturelle Erlebnisse – sei es im Theater, im Konzert, in Ausstellungen oder wo auch immer – heranzuführen und deren emotionale Kraft klug und einfühlsam für die politische Arbeit zu nutzen.

Von solcher kulturpolitischen Wirksamkeit werden Impulse für die Erhöhung unseres Beitrages zur allseitigen Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik ausgehen, Impulse zu neuen Taten in echter Verantwortung für das Ganze. Eine solche kulturpolitische Arbeit hilft, die Überlegenheit des Sozialismus auch auf geistig-kulturellem Gebiet voll sichtbar zu machen. Sie hilft, das im Wahlauftrag des Nationalrats enthaltene Wort von der „Geborgenheit einer sauberen, gesunden Gesellschaft“, in der wir alle leben, allen bewußt werden zu lassen. So wird kulturpolitische Arbeit – recht verstanden – zu einer der Formen, in denen wir den Dienst am Mitmenschen ausrichten.

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 54 Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 78 Gerald Götting: Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Neuorientierung der Christenheit in Deutschland. Die Kirche und das Nationale Dokument
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 91 Luitpold Steidle: Das große Bündnis
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 121 Gerald Götting: In christlicher Verantwortung für Frieden und Sozialismus
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz – das ist heute der Friede
- 125 Gerald Götting: Die Mitarbeit der christlichen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik dient der friedlichen Zukunft der Nation (Schlußwort auf dem 11. Parteitag der CDU)

- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit – Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit – Glück des Volkes
- 129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz – Prinzip sozialistischer Außenpolitik
- 133 Dr. h. c. Otto Nuschke: Verantwortung der Deutschen für Sicherheit und Frieden (Hauptreferat auf dem 4. Deutschen Friedenskongreß im April 1955 in Dresden). Mit einer Einleitung von Walter Bredendiek
- 136 Horst C. Herrmann: 20 Jahre danach – Deutschland und der Geist von Potsdam
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht – Die Mitverantwortung der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung des sozialistischen Bildungssystems
- 139 Siegfried Baltrusch: Für Deutschlands Frieden und Deutschlands Zukunft
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform
- 143 Heinz Büttner: Geordnete Beziehungen – Grundlage gedeihlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes
- 144 Gerald Götting: Für die Rettung der Nation – Zusammenarbeit aller friedliebenden Deutschen
- 145 Edmund Meclewski: Neues Leben in Polens West- und Nordgebieten
- 147 Dr. Helmut Dressler: Evangelische Kirche und Revanche-Ideologie in der Weimarer Republik und im Bonner Staat
- 149 Gerhard Desczyk: Vom Friedensdienst der Katholiken
- 152 H. C. Herrmann: Der Bonner Neokolonialismus und seine Unterstützung durch NATO-gebundene westdeutsche Kirchenleitungen
- 153 Pfarrer Götz Bickelhaupt: Auf dem Wege zur engagierten Gemeinde
- 155 Pastor Traute Arnold: Der Christ in der geistig-kulturellen Entwicklung hier und heute
- 157 Christlicher Dienst in den gesellschaftlichen und internationalen Fragen unserer Zeit – Ungarischer Studienbeitrag zur Thematik des Weltkongresses „Kirche und Gesellschaft“
- 161 Dr. Nikolaus Zaske: „Ex oriente pax“
- 162 Dr. theol. habil. Günther Kehnscherper: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Kirchen Mitteleuropas

- 163 Die Reformation als Erbe und Auftrag – Aus der „Wegweisung“ der Generalsynode der Reformierten Kirche von Ungarn
- 164 Carl Ordnung: Die Oktoberrevolution verändert die Welt
- 165 Gerald Götting: Reformation – Revolution
- 166 Günter Wirth: Deutsche Friedenspolitik 1917–1967
- 167 Günter Wirth: Christliche Ethik und sozialistische Wirklichkeit
- 168 Metropolit Nikodim von Leningrad und Nowgorod: 50 Jahre Moskauer Patriarchat (1917–1967). Mit einem Vorwort von Gerald Götting
- 170 Werner Wünschmann: Kultur hilft unser Leben meistern
- 171 Walter Bredendiek: Zwischen Revolution und Restauration. Zur Entwicklung im deutschen Protestantismus während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik
- 172 Metropolit Nikodim: Auftrag und Verantwortung der Gläubigen bei der Erhaltung des Weltfriedens
- 174 Günter Wirth: Der Leninismus und die bürgerlich-demokratischen Kräfte
- 175 Wolfgang Gudenschwager: Zur Kulturpolitik der CDU 1945 bis 1952
- 176 Gerhard Fischer: Wir haben die Geschichte der DDR mitgeschrieben
- 177 Wolfgang Heyl: Was unsere Parteigeschichte lehrt
- 178 Wladimir Petrowitsch Grenkow: In Freundschaft verbunden
- 179 Carl Ordnung: Christen im Ringen um eine bessere Welt
- 180 Günter Wirth: Karl Liebknecht über Christentum und Kirche

Verkaufspreis 0,50 M – Doppelheft 1,- M

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB), Berlin